

# Die bilateralen Beziehungen Polens mit Deutschland und das Weimarer Dreieck – eine polnische Sichtweise

Agnieszka Łada

Im Jahr 2016 werden die 25-jährigen Jubiläen zweier Ereignisse gefeiert, die den Grundstein sowohl für die deutsch-polnischen Beziehungen wie auch für das sogenannte ‚Weimarer Dreieck‘ legten: Am 17. Juni 1991 wurde der Nachbarschaftsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen unterzeichnet – der Anfang einer immer engeren deutsch-polnischen Zusammenarbeit auf bilateraler und europäischer Ebene – und am 28. und 29. August 1991 hat das erste Treffen der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens in Weimar stattgefunden, woraufhin das Weimarer Dreieck als ein ständiges Format trilateraler Konsultationen entstand.

In den vergangenen 25 Jahren kam es zu vielfältigen Annäherungen zwischen Polen und Deutschland, die nicht zuletzt zu einer ‚reiferen‘ deutsch-polnischen Partnerschaft geführt haben. Dennoch stehen nach wie vor große Divergenzen zwischen den beiden Ländern, die ihre bilateralen Beziehungen beeinträchtigen. Hierzu zählen ihre jeweilige Haltung zur gemeinsamen Geschichte, ihre jeweiligen Interessen in der Energiepolitik und das ungleiche Machtpotenzial, das die Handlungsfähigkeit beider Länder auf europäischer Ebene beeinflusst. Die bisherigen Erfolge sollten aber beide Länder zur Intensivierung der Bemühungen um eine engere Zusammenarbeit anstoßen.

Auch das Weimarer Dreieck hat unterschiedliche Phasen durchlebt, in denen sich die trilaterale Kooperation zwischen Deutschland, Frankreich und Polen immer wieder bewähren musste. Immerhin bietet dieses Format den drei Ländern innerhalb der Europäischen Union die Möglichkeit, ihre Länderinteressen und -positionen besser kennenzulernen und gemeinsam Initiativen zu ergreifen.

## Gemeinsames Interesse: Integration Polens in die Europäische Union

Der Systemwechsel in Polen 1989 eröffnete auch für die deutsche Politik neue Perspektiven. Es lag im Interesse Deutschlands, das östliche Nachbarland schnell und erfolgreich in die westlichen Strukturen zu integrieren – sowohl aus historischem Pflichtbewusstsein heraus als auch aufgrund der pragmatischen Überzeugung, dass es für Deutschland von Nutzen sein werde, an der Ostgrenze einen stabilen und demokratischen Partner mit rund 40 Mio. Einwohnern und einem relativ großen Wirtschaftsraum zu haben. Deshalb trat Bonn und später dann Berlin für den Beitritt Polens in die Europäische Union ein, wozu sich die damalige Bundesregierung bereits im Nachbarschaftsvertrag von 1991 verpflichtete: „Die Bundesrepublik Deutschland steht positiv zur Perspektive eines Beitritts der Republik Polen zur Europäischen Gemeinschaft, sobald die Voraussetzungen dafür gegeben sind.“<sup>1</sup>

---

1 Bundesrepublik Deutschland/Republik Polen: Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991, S. 3.

Für Polen war und ist Deutschland der bedeutendste Partner unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union: Zunächst in der Rolle eines Anwalts für die Interessen und Bemühungen Warschaws um baldmöglichst einen Beitritt Polens in die Europäische Union und danach als der EU-Staat, mit dem Polen sehr enge politische und wirtschaftliche Kontakte pflegt. In den 1990er Jahren wurde daher von einer deutsch-polnischen Interessengemeinschaft gesprochen, die vor allem das Ziel einer schnellen Integration Polens in die Europäische Union verfolgte.<sup>2</sup> Doch die polnische Europapolitik war vor dem EU-Beitritt Polens 2004 bereits konfliktgeladen, wie sich 2003 exemplarisch am Streit um die Stimmengewichtung in der Europäischen Union (sogenannter ‚Streit um Nizza‘) und der Haltung der damaligen Regierung mit Leszek Millers als Ministerpräsident (2001 bis 2004) gegenüber dem europäischen Verfassungsvertrag zeigte. Die damals von Jan Rokita, Politiker der liberal-konservativen Partei Bürgerplattform (PO), lancierte populistische Formel „Nizza oder der Tod“<sup>3</sup> offenbarte einen grundlegenden Widerspruch zwischen den Europapolitiken Polens und Deutschlands, demzufolge Deutschland hinsichtlich des Abstimmungsmodus im Rat der Europäischen Union für eine doppelte Mehrheit eintrat, bei der jeder Mitgliedstaat eine Stimme hat und in die Gewichtung seine Bevölkerungsstärke einbringt. Polen wollte aber am System des Nizza-Vertrags mit einer Gewichtung von nur zwei Stimmen weniger als Deutschland, nämlich 27, festhalten. Ungeachtet der Tatsache, dass auch andere Staaten ihre Vorbehalte gegenüber dem Vertrag über eine Verfassung für Europa offen äußerten, wurde Polen von den europäischen (darunter auch deutschen) Medien als das Land hingestellt, das jegliche Fortschritte der Verhandlungen über den europäischen Verfassungsvertrag blockieren würde.<sup>4</sup>

2003 brach darüber hinaus ein Konflikt zwischen Polen, Deutschland und Frankreich aus, der auf die öffentliche Unterstützung von acht europäischen Staats- und Regierungschefs, unter anderem Polens, zum Militäreinsatz im Irak, an dem sich Polen beteiligte, zurückzuführen ist. Dadurch versuchte Polen, das sich nach wie vor durch Russland bedroht fühlt, sich des Schutzes durch die USA rückzuversichern. Dies belastete die Beziehungen für einige Jahre. Frankreichs damaliger Präsident, Jacques Chirac, versuchte die osteuropäischen Beitrittskandidatenländer mit seiner Rüge, „Ich glaube, dass sie eine gute Gelegenheit verpasst haben, den Mund zu halten“<sup>5</sup>, auf Kurs zu halten.

Als das gemeinsame Ziel, der Beitritt Polens zur Europäischen Union, 2004 erreicht wurde, mussten Deutschlands Beziehungen zu Polen neu gestaltet werden. Für die deutsch-polnischen Beziehungen ist nun vor allem die europäische Ebene von größerer Bedeutung. Angesichts der Herausforderungen einer Reform der Europäischen Union, zunehmender globaler Probleme wie dem Klimawandel, der Notwendigkeit, neue Energiequellen zu erschließen, sowie der Wirtschaftskrise, mit der die Europäische Union seit 2008 konfrontiert ist, stehen beide Länder vor der Aufgabe, ihre Zusammenarbeit enger zu gestalten, auch wenn sie in bestimmten Politikfeldern unterschiedliche Interessen verfol-

---

2 Vgl. Dieter Bingen: Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 5-6/2005, S. 9-17.

3 Christian Schmidt-Häuer: Polen: Der Held der Neinsager, in: *Die Zeit*, 17.12.2003.

4 Vgl. Beata Ociepka/Agnieszka Łada/Jarosław/Ćwiek-Karpowicz: *Polityka europejska Warszawy i Berlina w prasie niemieckiej i polskiej*, Instytut Spraw Publicznych, Warszawa 2008.

5 Spiegel Online: „Mund halten“: Chiracs Rüge bringt Osteuropäer auf US-Kurs, 19.2.2003; Chirac do Polaków: milczeć! (aktl.), in: *Wprost*, 17.02.2003, abrufbar unter: <http://www.wprost.pl/ar/40681/Chirac-do-Polakow-milzecz-aktl/> (letzter Zugriff: 19.4.2016).

gen. Die zweite Ebene der Kooperation stellen weiterhin die bilateralen Beziehungen dar, die nach wie vor von der gemeinsamen Geschichte überschattet sind, auch wenn dieser Faktor mit den Jahren an Einfluss eingebüßt hat.

Die bilaterale Zusammenarbeit war ursprünglich durch sehr unterschiedliche Ausgangslagen sowohl in politischer als auch volkswirtschaftlicher Hinsicht in beiden Ländern geprägt. Zu Beginn der Unionsmitgliedschaft Polens musste Warschau erst noch lernen, wie es auf europäischer Ebene aufzutreten und vor allem wie es seine Interessen zu vertreten hat. Berlin hingegen musste sich erst an die neue Situation anpassen, in der Polen nicht mehr das zu unterstützende Land an der Ostgrenze war, sondern sich zunehmend zu einem selbstbewussten Akteur entwickelte, der seine Interessen in Brüssel eigenständig vertritt. In den ersten Jahren der gemeinsamen Mitgliedschaft in der Europäischen Union entstand daher in Polen der Eindruck, dass Deutschland den Nachbarn als seinen ‚kleinen Bruder‘ wahrnehme, von dem auch für die geleistete Hilfe eine gewisse Loyalität erwartet werden könne, so als habe er kaum eigenen Interessen.

Die Divergenzen zwischen den beiden EU-Ländern nahmen zu, als in Polen im September 2005 eine Deutschland gegenüber skeptische Regierung unter der Führung der konservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) ihr Amt antrat. Ministerpräsident war 2006 bis 2007 Jaroslaw Kaczyński, der für seine konservative und eher integrations-skeptische Politik auch Unterstützung vom polnischen Präsidenten und Zwillingsbruder, Lech Kaczyński, erhielt. So kam es in den Jahren 2005 bis 2007 zu einer Abkühlung der bilateralen Beziehungen mit Deutschland.

Die europäische Ebene, die ursprünglich eine neue Plattform der deutsch-polnischen Interessenpartnerschaft bilden sollte, wurde stattdessen zu einer weiteren Bühne der Streitigkeiten beider Länder. Dies spitzte sich sogar während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 zu. Nach den negativen Referenden zum EU-Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden 2005 versuchte die deutsche Regierung die Verfassungsfrage zu lösen. Polen war bei der Aushandlung des Vertrags von Lissabon zur Rettung der wichtigsten Teile des Verfassungsvertrags der schwierigste Partner. Die deutsche Ratspräsidentschaft musste im Vorfeld der kurzen Regierungskonferenz zum Lissabonner Vertrag mehrere Treffen mit der polnischen Delegation ansetzen, um einen Kompromiss über die Stimmengewichtung im Entscheidungssystem der Europäischen Union auszuhandeln. Dass das Prinzip der doppelten Mehrheit erst ab November 2014 greifen konnte und immer noch die Möglichkeit einer Anwendung des Nizza-Systems bis März 2017 gilt, ist ganz wesentlich polnischem Insistieren geschuldet.<sup>6</sup> Die Wahrnehmung von Polen als reaktionärem Akteur wurde unter anderem durch Fehler in der Informations- und Kommunikationspolitik der PiS-Regierung und dem von ihr bevorzugten konfrontativen und provokativen Politikstil, aber auch vor allem durch ihre politischen Inhalte begünstigt. Des Weiteren nahm Polen eine ablehnende Haltung zur Grundrechte-Charta der Union ein, die Deutschland während seiner Ratspräsidentschaft als einen der Eckpfeiler des Rechtssystems der Europäischen Union befürwortete. Die in beiden Ländern geführte außenpolitische Debatte fasste sich auch mit den Plänen für die Errichtung eines Raketenabwehrschields<sup>7</sup> in Polen. Aufgrund seiner Beziehungen zu den USA und einiger anderer europäischer NATO-Staaten und wegen des russischen Widerstands gegen diesen Schild musste in dieser Frage auch der europäische Kontext berücksichtigt werden.

---

6 Vgl. Daniel Göler/Mathias Jopp: Deutschlands konstitutionelle Europapolitik. Auswirkungen veränderter innen- und außenpolitischer Rahmenbedingungen, in: Thomas Jäger/Alexander Höse/Kai Oppermann (Hrsg.): Deutschlands konstitutionelle Europapolitik, 2. Aufl., Wiesbaden 2011, S. 488-513.

Nachdem die Regierungskoalition aus PO und der Polnischen Bauernpartei (PSL) im Jahr 2007 ihr Amt antrat, kam es auf europäischer Ebene zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland. Beide Regierungen unter der Führung von Donald Tusk und Angela Merkel signalisierten ihre Bereitschaft, die jeweiligen Interessen stärker zu berücksichtigen und in verschiedenen Politikbereichen zu kooperieren – auch in solchen, die für beide Länder sogenannte ‚high politics‘ darstellen. Dadurch nahm die Bereitschaft zu Kompromissen in den Beziehungen zwischen Warschau und Berlin auf europäischer Bühne stark zu. Die polnischen Politiker aus der Regierungskoalition Bürgerplattform-Bauernpartei betrieben eine konstruktive Europapolitik und konnten mit ihrer neuen Konsensbereitschaft auf europäischer Ebene ihre Pläne und Ansichten vermitteln und erhielten dafür auch von deutscher Seite mehr Verständnis für die Interessen Polens. Das ging sogar so weit, dass der polnische Außenminister Radosław Sikorski sich einer Führung Deutschlands in Europa erhoffte.<sup>8</sup>

Bezüglich der Osterweiterung der Europäischen Union existierten auf beiden Seiten der gemeinsamen Landesgrenze unterschiedliche Ängste und Unsicherheiten: Die deutsche Gesellschaft befürchtete einen hohen Andrang billiger Arbeitskräfte aus dem Osten im Zusammenhang mit Lohn- und Sozialdumping, weshalb die sogenannte ‚2+2+3-Übergangsregelung zur Arbeitnehmerfreizügigkeit‘, die den Zugang der im Zuge der Osterweiterung 2004 beigetretenen Länder für eine gestaffelte, auf maximal sieben Jahre befristete Übergangsphase auf die Arbeitsmärkte der ‚alten‘ Mitgliedstaaten beschränkte, eingeführt wurde. Deutschland nahm neben 14 anderen Mitgliedstaaten die volle Übergangszeit in Anspruch.<sup>9</sup> Diese Phasen dauerten noch bis 2011 an. Auch die Tatsache, dass ein großer Anteil des EU-Haushalts – insbesondere in Form von direkten Beihilfen für landwirtschaftliche Betriebe und Strukturfonds – nach Polen floss, weckte keinen besonderen Enthusiasmus westlich der Oder. Die Polen hingegen zeigten sich besorgt darüber, dass Deutsche ihre Grundstücke aufkaufen würden. Bezüglich der Europapolitik kursierten zudem Befürchtungen, dass die polnische Stimme in der Europäischen Union dem deutschen Willen untergeordnet sei.<sup>10</sup>

Die vergangenen Jahre in der Europäischen Union haben jedoch gezeigt, dass viele der Ängste unbegründet waren. Die gemeinsame deutsch-polnische Präsenz in der Europäischen Union brachte beiden Ländern auch Vorteile. Polen wurde zu einem attraktiven Partner – insbesondere während der Finanzkrise, als viele Volkswirtschaften in die Rezession stürzten, erwies sich Warschau mit seiner relativ stabilen Volkswirtschaft und seinen Reformansätzen als ein wichtiger Verbündeter. Auch die stetig wachsenden deutsch-polnischen Handelsumsätze stellen einen für die bilateralen Beziehungen maßgeblichen Faktor

---

7 Vgl. Hans-Jörg Schmidt: Spaltet die US-Raketenabwehr Europa?, in: eurotopics, abrufbar unter: [http://archiv.eurotopics.net/de/home/presseschau/archiv/magazin/politik-verteilerseite/raketenabwehr\\_2007\\_04/debatte\\_raketenabwehr\\_2007\\_04/](http://archiv.eurotopics.net/de/home/presseschau/archiv/magazin/politik-verteilerseite/raketenabwehr_2007_04/debatte_raketenabwehr_2007_04/) (letzter Zugriff: 13.5.2016).

8 Vgl. Radosław Sikorski: „Ich fürchte die deutsche Untätigkeit“. Europa erlebt gerade seinen beängstigendsten Moment. Nur Berlin kann den Niedergang abwenden, in: Zeit Online, 1.12.2011.

9 Die Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen, inzwischen bekannt als ‚2-3-2‘-Regel, befindet sich in den Anhängen zu den Beitrittsverträgen der neuen Mitgliedstaaten. Vgl. Herbert S. Buscher/Heiko Stüber: Ein Jahr nach der EU-Osterweiterung. Erste Erfahrungen, Probleme, Aussichten, in: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.): Broschürenreihe Zukunftsforum Politik, 67/2005.

10 Zu den Bestimmungen des Beitrittsvertrags unter anderem mit Polen siehe den Vertrag zwischen der Europäischen Union und Tschechien, Estland, Republik Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien, Slowakei über den Beitritt zur Europäischen Union, in: Amtsblatt der EU, Nr. L 236/33 und C 277 E, 23. September 2003.

dar. Schließlich stellt nicht nur die Bundesrepublik Deutschland einen der wichtigsten Handelspartner Polens dar, vielmehr ist Polen mittlerweile zum wichtigsten deutschen Handelspartner im östlichen Raum aufgestiegen, wobei es sogar Russland – noch vor dem Jahr 2014, als die russisch-ukrainische Krise und Sanktionen ihre Wirkungen gezeigt haben – überholt hat.<sup>11</sup> Der polnische Markt genießt aufgrund der guten wirtschaftlichen Erfolge eine hohe Anerkennung deutscher Unternehmer.<sup>12</sup> Diese für Polen erfreuliche Entwicklung wird von erfolgreich umgesetzten Reformen begleitet. In diesem Punkt unterscheidet sich Polen deutlich von anderen EU-Ländern. Daher spielt Warschau durch die florierenden und immer noch wachsenden Wirtschaftsbeziehungen beider Länder auch politisch eine immer wichtigere Rolle für Berlin.

### **Weimarer Dreieck**

Vor allem Deutschland war von Anfang an daran interessiert, seinen wichtigsten europapolitischen Partner, Frankreich, in die Entwicklung gemeinsamer Vorstellungen über die Bedeutung der EU-Osterweiterung einzubeziehen. So wurde ein Format der regelmäßigen trilateralen Konsultationen ins Leben gerufen, das aufgrund des Ortes, an dem das erste Treffen abgehalten wurde, als ‚Weimarer Dreieck‘ bezeichnet wird. Am 28. August 1991 trafen sich der polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski, der französische Außenminister Roland Dumas und der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher in Weimar. Frankreich und Deutschland haben sich dort dazu verpflichtet, alle Anstrengungen zu unterstützen, Polen und die anderen neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa an die europäische Gemeinschaft heranzuführen.<sup>13</sup> Seitdem dieses Ziel mit der Osterweiterung 2004 erreicht wurde, sollte eine Gesprächskultur weiterentwickelt werden, die unterschiedliche Ausgangslagen anerkennt und auch divergierende europapolitische Zielvorstellungen respektiert, sodass die französisch-deutsch-polnischen Beziehungen weiterhin als ein ‚Motor‘ der europäischen Integration wirken können. So treffen sich in diesem Format vor allem die Außen-, Verteidigungs- und Europaminister (aber auch andere Fachminister) der drei Länder regelmäßig, um über aktuelle politische Themen zu beraten und konkrete gemeinsame Impulse für die Außen- und Europapolitik zu geben. Weiterhin finden Gipfeltreffen statt, an denen die deutsche Bundeskanzlerin sowie der französische und polnische Präsident teilnehmen. Auch hier mussten die drei Länder nach 2004 eine neue Vorgehensweise finden, die Polens neue Rolle als EU-Mitgliedstaat im Dreieck berücksichtigt.

Jenseits der Gipfeltreffen war das Weimarer Dreieck nur sporadisch ein wirksamer Gestaltungsfaktor der europäischen Politik, auch wenn es einige gemeinsame Initiativen gegeben hat, wie zum Beispiel die Briefe der Außen- und Verteidigungsminister der Länder des Weimarer Dreiecks an die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für

---

11 Vgl. Statistisches Bundesamt: Außenhandel. Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2016, S. 2, abrufbar unter: [https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Handelspartner/Tabelle\\_n/RangfolgeHandelspartner.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Handelspartner/Tabelle_n/RangfolgeHandelspartner.pdf?__blob=publicationFile) (letzter Zugriff: 7.4.2016 (letzter Zugriff: 19.4.2016)).

12 Vgl. Polsko-Niemiecka Izba Przemysłowo-Handlowa: Ankieta koniunkturalna 2016. Polska w ocenie inwestorów zagranicznych, abrufbar unter: [http://ahk.pl/fileadmin/ahk\\_polen/OA/Pressemitteilungen/2016\\_Presse\\_AHK/KU\\_Umfrage\\_2016\\_PL.pdf](http://ahk.pl/fileadmin/ahk_polen/OA/Pressemitteilungen/2016_Presse_AHK/KU_Umfrage_2016_PL.pdf) (letzter Zugriff: 19.4.2016).

13 Siehe Auswärtiges Amt: Gemeinsame Erklärung der Außenminister von Deutschland, Frankreich und Polen zur Zukunft Europas Weimar, 29. August 1991, abrufbar unter: [http://www.auswaertiges-amt.de/sid\\_B1CAC5FC92099A9DDB2DDF2458CD7605/DE/Europa/Zusammenarbeit\\_Staaten/Polen/WeimarerDreieckErkl%C3%A4rung\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/sid_B1CAC5FC92099A9DDB2DDF2458CD7605/DE/Europa/Zusammenarbeit_Staaten/Polen/WeimarerDreieckErkl%C3%A4rung_node.html) (letzter Zugriff: 13.5.2016).

Außen- und Sicherheitspolitik, zunächst an Catherine Ashton 2011<sup>14</sup> und 2015 an Federica Mogherini<sup>15</sup>, mit Vorschlägen im Bereich der Sicherheitspolitik, oder die gemeinsame Reise der drei Außenminister nach Kiew im Februar 2014 und ihre Initiative zur Neuformulierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP)<sup>16</sup> im April 2014.

### **Der Osten – eine ewige Herausforderung in den deutsch-polnischen Beziehungen**

Im Kontext der Ukraine-Krise hatten die gemeinsamen Verhandlungen der drei Außenminister des Weimarer Dreiecks in Kiew eine umso größere symbolische Bedeutung, da Polen und Deutschland verschiedene Meinungen über den Umgang mit Russland in der Ukraine-Krise vertreten.<sup>17</sup> Diese Unterschiede werden aktuell als die größte Herausforderung für die deutsch-polnischen Beziehungen auf EU-Ebene betrachtet.<sup>18</sup> Mehrere polnische Experten und Kommentatoren hatten Berlin schon lange vorher vorgeworfen, dass es Russland gegenüber keine europäische Politik betreibe, sondern sich allein nach seinen nationalen Interessen orientiere. Polen sah sich darin besonders durch die Haltung des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder bestätigt, der aus seiner Freundschaft zu Wladimir Putin keinen Hehl machte. Die Unterzeichnung des Vertrags zum Bau der Nord-Stream-Pipeline in Anwesenheit beider Politiker im September 2005 hatte das Misstrauen Polens verschärft. Die Pipeline wurde unter Umgehung aller bisherigen Transitländer (unter anderem Polen und Ukraine) gebaut, um Rohstoffe direkt aus Russland nach Deutschland zu liefern. Dies sorgte in Polen für Empörung, da Russland und Deutschland dieses für die europäische Sicherheit bedeutsame Projekt über die Köpfe Polens hinweg beschlossen hätten und somit die Pipeline die Idee der europäischen Solidarität infrage stelle. Die polnische Regierung und Öffentlichkeit nahmen das Projekt allerdings nicht als eine zusätzliche Möglichkeit wahr, Energie nach Europa zu transportieren – wie es Deutschland und Russland darstellten – sondern sahen darin eine Gefahr, die zu neuen Gräben auf dem europäischen Kontinent führen würde. Vor dem Hintergrund der komplizierten historischen Beziehungen zwischen Polen, Deutschland und Russland traf diese Entscheidung in Polen den Nerv der Wiederbelebung des „Geistes von Rapallo“<sup>19</sup>, der an russisch-deutsche Abmachungen hinter dem Rücken und zum Schaden Polens erinnerte.

Seit der Regierung Merkel hat sich im Bereich Ostpolitik viel verändert. Polen hat unter der Regierung Tusk nach Jahren antirussischer Politik sein Verhältnis zu Moskau verändert, was der Kooperation mit Deutschland in diesem Bereich zugute kam. So haben

---

14 Siehe Auswärtiges Amt: „Ein Aufbruch tut Not“: Staatsminister Werner Hoyer in der Financial Times Deutschland, 7.2.2011, abrufbar unter: <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Interviews/2011/110207-Hoyer-FTD.html> (letzter Zugriff: 13.5.2016).

15 Siehe Bundesministerium für Verteidigung: Brief der Verteidigungs- und Außenminister des Weimarer Dreiecks an die EU-Außenbeauftragte, abrufbar unter: [http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/tut/p/c4/NYvBCslwEET\\_aDdREPRmqVCvPaj1lrYhrDSbsm7qxY83OTgD7zCPwSeWstsoOKXEbsEHDhOdxg-McQvwSlnKCpGY3uqFcsR7\\_cwepsReK9WzUmEQp0lgTaJLNVmkGKAZB2Pbxljzj\\_0eb5euO9jdvvr02Pa4xnn9Z8X7F/](http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/tut/p/c4/NYvBCslwEET_aDdREPRmqVCvPaj1lrYhrDSbsm7qxY83OTgD7zCPwSeWstsoOKXEbsEHDhOdxg-McQvwSlnKCpGY3uqFcsR7_cwepsReK9WzUmEQp0lgTaJLNVmkGKAZB2Pbxljzj_0eb5euO9jdvvr02Pa4xnn9Z8X7F/) (letzter Zugriff: 13.5.2016).

16 Vgl. Katrin Böttger in diesem Buch.

17 Vgl. Jacek Kucharczyk/Agnieszka Łada/Gabriele Schoeler/Lukasz Wenerski: Close together or far apart? Poles, Germans and Russians on the Russia-Ukraine crisis, Instytut Spraw Publicznych/Bertelsmann Stiftung, Warszawa 2015, S. 7.

18 Vgl. Agnieszka Łada: Deutsch-polnisches Barometer 2015. Polnische Ansichten zur deutsch-polnischen Partnerschaft im gemeinsamen Europa, Instytut Spraw Publicznych, Warszawa 2015, S.32.

19 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes: Der deutsch-russische Vertrag (Rapallo-Vertrag) vom 16. April 1922, Berlin 2011, S.4, abrufbar unter: [http://www.1000dokumente.de/pdf/dok\\_0017\\_rap\\_de.pdf](http://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0017_rap_de.pdf) (letzter Zugriff: 19.4.2016).

sich die polnischen und deutschen Positionen auch gegenüber anderen Ländern und Regionen östlich der Europäischen Union im Laufe der letzten zehn Jahre einander deutlich angenähert. Die deutsch-polnischen Konsultationen über eine gemeinsame Vorgehensweise im Rahmen der Ostpolitik sind inzwischen zur Regel geworden – in diesen können Meinungsverschiedenheiten angesprochen und geklärt werden. Im Jahre 2011 wurde das Kaliningrader Dreieck ins Leben gerufen. Ähnlich dem Weimarer Dreieck sollten zu den jährlichen Treffen der Außenminister Polens, Deutschlands und Russlands Diskussionen zu wichtigen, alle drei Länder betreffenden Themen sowie zu international relevanten Fragen stattfinden. Das erste Treffen im Rahmen dieser deutsch-polnisch-russischen Initiative fand im Mai 2011 in Kaliningrad statt. Die Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland ermöglichte im Dezember 2011 die Unterzeichnung des Vertrags über den Kleinen Grenzverkehr zwischen Polen und Russland, das auch das Kaliningrader Gebiet betrifft und im Juli 2012 in Kraft trat. Berlin hatte sowohl in den EU-Staaten als auch in Russland dafür geworben. Dank dieses Abkommens erhalten Polen aus den nördlichen Woiwodschaften sowie Russen aus dem Kaliningrader Gebiet einen Ausweis, der ihnen den polnisch-russischen Grenzübergang ohne Visum ermöglicht.

Auch das Projekt der Östlichen Partnerschaft – zunächst aus einem Vorschlag Polens und Schwedens hervorgegangen – ist inzwischen zu einer gemeinsamen Aufgabe geworden, wobei Deutschland vor allem Polen die Rolle eines Anwalts dieser Initiative zuschreibt. Gleichzeitig ist Deutschland der Auffassung, Warschau und Berlin könnten und sollten in diesem Bereich enger zusammenarbeiten, da sie gemeinsam ein Gegengewicht zu den EU-Ländern bilden, die sich stärker für eine Intensivierung der südlichen Nachbarschaftspolitik interessieren. Polen und Deutschland bemühten sich deshalb immer wieder darum, das Thema ‚Osten‘ nicht von der EU-Agenda verschwinden zu lassen, unterstützten aber zugleich eine aktive EU-Politik in Nordafrika und erwarteten eine ähnliche Solidarität mit dem Osten vonseiten der anderen EU-Länder.<sup>20</sup>

Beide Länder waren getreu des Prinzips „more for more and less for less“<sup>21</sup> der Ansicht, dass die Wirksamkeit des Einsatzes von Fördermitteln für Länder der Östlichen Partnerschaft erhöht und von ihnen als Gegenleistung mehr demokratische Reformen verlangt werden müssten. Auch die Unterstützung der Zivilgesellschaft in der Region blieb an vorderster Stelle auf der Prioritätenliste der beiden Länder; in diesem Bereich fanden einige gemeinsame deutsch-polnische Kooperationen statt. Die Außenminister Deutschlands und Polens unternahmen zudem gemeinsame Reisen in die Länder der Östlichen Partnerschaft; so war Sikorski mit Frank-Walter Steinmeier im Juni 2009 in Kiew und mit Guido Westerwelle als nachfolgender Bundesaußenminister im Herbst 2010 in Minsk zu Besuch. Darüber hinaus nahm Westerwelle an einem Außenministertreffen der Visegrád-Gruppe 2011 teil und unterzeichnete die dabei angenommene Deklaration, in der unter anderem davon die Rede war, dass die Unterzeichnerstaaten die stufenweise Abschaffung der Visumpflicht für die Länder der Östlichen Partnerschaft unterstützen.

Die gute Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks wurde besonders beim Zusammentreffen der Außenminister Polens, Deutschlands und Frankreichs im Jahre 2014 deutlich: Sikorski, Steinmeier und Fabius handelten im Februar 2014 in Kiew eine Einigung zwischen dem ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch und den auf dem

---

20 Vgl. Elzbieta Kaca/Agnieszka Łada: Razem czy osobno? Partnerstwo Wschodnie w polityce Polski i Niemiec, Instytut Spraw Publicznych, Warszawa 2011.

21 Kaca/Łada: Razem czy osobno?, 2011.

Majdan demonstrierenden demokratischen Kräften aus.<sup>22</sup> Nicht nur das verhandelte Dokument war aufgrund der Flucht Janukowitschs schnell Geschichte. Auch das gemeinsame deutsch-polnisch-französische Handeln bei der Lösung der Ukraine-Krise fand keine Fortsetzung, jedenfalls nicht mit Polen. Die Abwesenheit Polens ab Sommer 2014 bei Gesprächen der Vertreter Deutschlands, Frankreichs, Russlands und der Ukraine wurde in Warschau zunächst sehr kritisch aufgenommen. Die Enttäuschung war groß, dass Deutschland sich nicht dafür eingesetzt hatte, Polen ins Boot zu holen – den einzigen EU-Mitgliedstaat, der Landesgrenzen mit beiden Kriegsparteien teilt. Die deutsche Regierung bemühte sich jedoch den östlichen Nachbarn entsprechend zu informieren und zu konsultieren.<sup>23</sup> Beispielsweise reiste der deutsche Außenminister etwa eine Woche vor der Kiew-Reise von Bundeskanzlerin Merkel und des französischen Präsidenten François Hollande im Februar 2015, in der ein weiterer Kompromiss gefunden werden sollte, nach Warschau und informierte die polnische Seite über die anstehenden Pläne.

Die russisch-ukrainische Krise löste erneut eine Debatte über die Rolle des NATO-Bündnisses aus. Ursprünglich wollte die Bundesregierung keine Verstärkung des Bündnisses anstreben. Als Grund wurde die generell kritische Haltung Russlands demgegenüber genannt.<sup>24</sup> In diesem Zusammenhang bestanden zwischen Deutschland und Polen während des Newport-Gipfels im September 2014 Differenzen bezüglich der NATO-Russland-Grundakte von 1997. Die Grundakte sieht unter anderem vor, keine größeren westlichen Truppenkontingente und Waffensysteme dauerhaft in den Ländern des früheren Warschauer Paktes zu stationieren. Laut Bundeskanzlerin Merkel sollte die NATO aus ihrer Sicht nichts unternehmen, was diesem Text widerspräche.<sup>25</sup> Die polnische Regierung strebt hingegen die Verlegung und Stationierung von NATO-Truppen innerhalb der mittel- und osteuropäischen Länder als eine reguläre Maßnahme des Bündnisses an. Die NATO (zusammen mit den Vereinigten Staaten) stellt für Polen den einzigen Sicherheitsgaranten dar. Deshalb wollen die Polen die NATO-Truppen dort stationiert wissen, wo sie, falls notwendig, so schnell wie möglich eingesetzt werden können. In Deutschland wurde eine solche Verlegung von NATO-Soldaten vom Außenminister Steinmeier jedoch kategorisch ausgeschlossen, was abermals große Enttäuschung in Polen auslöste. Es wurde argumentiert, dass eine solche Aktion einem Bruch der vom Westen an Russland gegebenen Zusicherungen und einer Abschreckungspolitik im Allgemeinen gleich käme.<sup>26</sup> In Deutschland scheinen damit vielfach Assoziationen mit dem Kalten Krieg geweckt zu werden.

Unterschiedliche Wahrnehmungen und Differenzen im Bereich der Sicherheitspolitik erschweren die Zusammenarbeit, auch wenn Warschau und Berlin in dieselbe Richtung, gen Osten, blicken.

---

22 Vgl. zu den EU-Initiativen Katrin Böttger/Mathias Jopp: Plädoyer für ein Ende der Naivität: Die Ukraine-Krise und ihre Lehren für die EU-Ostpolitik, in: Jahrbuch der Europäischen Integration, Baden-Baden 2014, S. 49-60.

23 Vgl. Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik: Ukraine-Krise: Deutschland spielt Schlüsselrolle. Nach dem Ende des Waffenstillstands startet Außenminister Steinmeier eine neue Initiative, 2.7.2014, abrufbar unter: <https://dgap.org/de/think-tank/presse/dgap-in-den-medien/ukraine-krise-deutschland-spielt-schlussselrolle> (letzter Zugriff: 25.10.2014); Böttger/Jopp: Plädoyer für ein Ende der Naivität, 2014.

24 Agnieszka Łada: Deutsche und polnische Interpretationen sicherheitspolitischer Herausforderungen, Institute of Public Affairs, Warschau 2016, S. 32-33.

25 Vgl. Spiegel Online: Nato-Verträge: Merkel setzt sich im Streit über Russland-Kurs durch, 5.9.2014.

26 Vgl. Oskar Górzecki: MSZ Niemiec: Wysłanie wojsk NATO do Polski niezgodne z umową NATO – Rosja, 2.4.2014, abrufbar unter: <http://www.rp.pl/arttykul/1098888-MSZ-Niemiec--Wyslanie-wojsk-NATO-do-Polski-niezgodne-z-umowa-NATO---Rosja.html#ap-2> (letzter Zugriff: 19.4.2016).



## **Klima und Energie**

Deutschland und Polen verfolgen in der Energiepolitik unterschiedliche Interessen, sodass dieser Politikbereich die bilateralen Beziehungen auf europäischer Ebene zusätzlich belastet. Das oben bereits erwähnte Thema Ostseepipeline gehörte zu den wichtigsten Streitfragen zwischen Warschau und Berlin. Auch nach dem Bau der ersten Trasse ist das Thema weiterhin von Bedeutung geblieben, da im Jahre 2015 der Vertrag über den Bau einer zweiten Pipeline unterzeichnet wurde.<sup>27</sup> Darüber hinaus treten immer neue Aspekte der Energiepolitik als Streitpunkte in Erscheinung, zu denen Berlin und Warschau keinen Konsens finden; so zur gesamten Energiestrategie der Europäischen Union, zu den Anteilen an erneuerbaren Energien oder zu Fragen nach der Planung (in Polen) und Stilllegung (in Deutschland) von Kernkraftwerken.

Auch die Klimapolitik ist ein Thema, das Berlin und Warschau häufig voneinander trennt. Trotz der Einigkeit darüber, dass im Kampf gegen die globale Erwärmung etwas unternommen werden müsse, beziehen beide Länder unterschiedliche Standpunkte zu Art und Tempo der Herbeiführung von Lösungen auf diesem Gebiet. Änderungen im Unionsrecht, die das Ziel verfolgen, negative klimatische Veränderungen aufzuhalten, gehören zu den wichtigsten Prioritäten Deutschlands in der Europäischen Union. Das anspruchsvolle Klimapakete, das teure Investitionen im ökologischen Bereich nach sich zog, hatte Polen, das seinen Energiebedarf vorrangig über Steinkohle deckt, nie mit Wohlwollen betrachtet, weshalb das Land immer wieder Vergünstigungen und Ausnahmen für die Kohle-Branche forderte.<sup>28</sup>

## **Weitere bilaterale Themen**

Im Vergleich zu den gesamteuropäischen Herausforderungen waren die bilateralen Themen insgesamt weniger diffizil. Dennoch kamen sie gerade in den ersten Jahren der gemeinsamen EU-Mitgliedschaft auf die deutsch-polnische Agenda. Es waren vor allem jene Fragen, die vor 2004 bewusst nicht aufgegriffen wurden, um das gemeinsame Ziel – ein schneller EU-Beitritt Polens – nicht zu gefährden und das bilaterale Verhältnis nicht zu belasten. So brach beispielsweise ein Streit über das Zentrum gegen Vertreibung aus, das vom Bund der Vertriebenen und seiner Präsidentin, Erika Steinbach, die als ‚Hassfigur‘ in den polnischen Medien ihren Platz gefunden hat, vorgeschlagen wurde.<sup>29</sup> In dem Streit ging es aber vordergründig um den Standort der Ausstellung zum Gedenken an die Opfer der Vertreibungen, das von der dafür gegründeten Stiftung Flucht und Vertreibung vorbereitet wird und in Berlin geplant ist. Auch Bestrebungen mancher Deutscher, ihr Vermögen in Polen zurückzuerlangen, verschärften die Debatten. Hinzu kam, dass der deutsche Arbeitsmarkt für polnische Arbeitskräfte bis zum Jahr 2011 geschlossen war, was vor allem in den ersten Jahren nach dem Unionsbeitritt von vielen Menschen in Polen als Diskriminierung seitens Berlins wahrgenommen wurde.

---

27 Vgl. Die Welt: Wirtschaftsminister Glawe begrüßt Vertrag über Nord-Stream-2-Projekt, 4.9.2015, abrufbar unter: <http://www.welt.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/article146048947/Wirtschaftsminister-Glawe-begruesset-Vertrag-ueber-Nord-Stream-2-Projekt.html> (letzter Zugriff: 19.4.2016).

28 Vgl. Agnieszka Łada/Magdalena Skłodowska/Melchior Szczepanik/Lukasz Wenerski: The energy union: views from France, Germany, Poland and The United Kingdom, Instytut Spraw Publicznych, Warszawa 2015.

29 Vgl. hierzu Spiegel Online: Angst vor der Wahrheit, 2.3.2009.

Die zweite Jahreshälfte 2009 und die erste Jahreshälfte 2010 haben gewisse Veränderungen in den bilateralen politischen Beziehungen gebracht. Das Jahr 2009 – ein Jahr der Jubiläen: der 20. Jahrestag des Falls des Kommunismus in Osteuropa, der 70. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges, der 5. Jahrestag der Aufnahme Polens und anderer mittel- und osteuropäischer Staaten in die Europäische Union – war reich an positiven Signalen beider EU-Partner. Die Anwesenheit von Kanzlerin Merkel bei den Feierlichkeiten zum Gedenken an den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges am 1. September 2009 auf der Westerplatte oder die Hervorhebung der Rolle Polens im Prozess des Zerfalls des Kommunismus, der zum Berliner Mauerfall führte, wurden in Polen positiv wahrgenommen. Auch der Umstand, dass der erste Auslandsbesuch des deutschen Außenministers Westerwelle 2010 nach Warschau führte, sowie die Hervorhebung der Bedeutung des Verhältnisses zu Polen im Koalitionsvertrag der damaligen deutschen Regierungsparteien<sup>30</sup> waren bedeutende Signale. Ähnlich hat das sehr herzliche Verhältnis zwischen Merkel und Tusk den Aufbau freundschaftlicher Beziehungen gefördert. Auch wenn sich bis zum Regierungswechsel im Jahr 2015 in Polen noch einige bisher ungelöste Fragen aufstauten, wie beispielsweise zur bisher sehr langsamen Förderung der Zusammenarbeit in der deutsch-polnischen Grenzregion und zur Einstellung von Bahnverbindungen der Deutschen Bahn nach Wrocław, waren es eher technische Probleme, die auf mittlerer Ebene besprochen wurden. Mit PiS als erneuter Regierungspartei hat sich einerseits die polnische Rhetorik gegenüber Deutschland verschärft und andererseits hat die Priorität Deutschlands als Hauptpartner abgenommen. Die polnische Regierung betont eher Unterschiede der Politik beider Staaten, ohne konkrete Lösungen anzustreben.

### **Deutsche Europapolitik in der öffentlichen Wahrnehmung Polens**

Die im Ganzen betrachtet eher positive Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen sowohl auf bilateraler als auch europäischer Ebene spiegelt sich auch in der polnischen Öffentlichkeit wider. Die Stimmung in der polnischen Bevölkerung kann als Lackmустest für das deutsch-polnische Verhältnis betrachtet werden.

Die polnische Bevölkerung bewertet die deutsche Europapolitik seit Jahren unverändert positiv. Etwa zwei Drittel der Polen (68 Prozent) waren 2015 der Meinung, Deutschland trage zur besseren Zusammenarbeit in Europa bei. Gegenteiligere Ansicht waren lediglich ein Fünftel der Befragten (siehe Abbildung 1). Im Jahr 2012 – inmitten der Krise der Eurozone – wurde Deutschland schlechter bewertet, was sicherlich mit den strengen Auflagen im Kontext des ‚deutschen Spardiktats‘ zusammenhängt,<sup>31</sup> auf deren Einhaltung durch die betroffenen Eurozonenstaaten die Bundesregierung pochte. Der Umgang Deutschlands mit Griechenland, das sich der Erfüllung der Auflagen widersetzte, stellte für Polen keinerlei Grund zur Kritik an der deutschen Politik dar.

Eine knappe Mehrheit der Polen ist der Meinung, dass Deutschland in seinem Streben, seine eigenen Interessen in der Europäischen Union durchzusetzen, gleichzeitig auch die Interessen anderer Staaten respektiert (53 Prozent). Die Zahl derer, die diese Ansicht nicht teilt, liegt in den letzten Jahren unverändert bei 37 Prozent (siehe Abbildung 2).

---

30 Siehe CDU/CSU/FDP: Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, 26. Oktober 2009 S. 115.

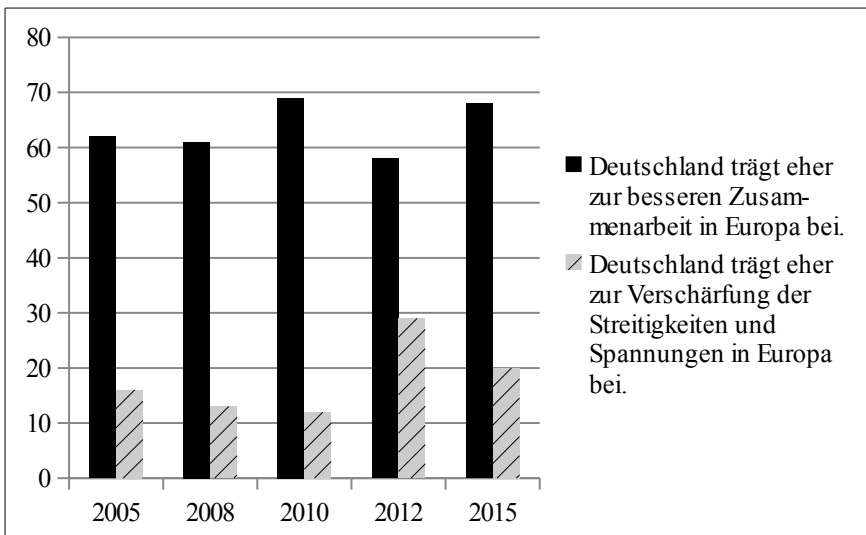
31 Vgl. Agnieszka Łada: Deutsch-polnisches Barometer 2012. Polnische Ansichten zur Rolle Deutschlands in Europa und zu den deutsch-polnischen Beziehungen, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2012.

Deutschland bleibt auch in der polnischen Wahrnehmung unbestritten der wichtigste Partner Polens. Diese Meinung teilen 91 Prozent der Befragten, zwei Drittel von ihnen sehen die Beziehungen sogar als ‚sehr wichtig‘ an. Damit liegt Deutschland vor den Vereinigten Staaten (53 zu 34 Prozent) und Frankreich (31 zu 49 Prozent).<sup>32</sup>

Den Polen ist jedoch bewusst, dass die Beziehungen zu Deutschland kein Gleichgewicht auszeichnet, obwohl beide Länder gleichberechtigte Mitglieder in der Europäischen Union sind. Die politische wie auch wirtschaftliche Stärke Deutschlands innerhalb der Europäischen Union sowie der hohe Stellenwert Deutschlands als größter Exporteur im Handel mit Polen führen dazu, dass beide Länder in verschiedenen Bereichen der Zusammenarbeit keine gleichwertigen Partner sind.

Aus Abbildung 3 geht hervor, dass 2015 lediglich vier Prozent der polnischen Befragten der Ansicht sind, dass Deutschland Polen ‚immer‘ als gleichberechtigten Partner behandelt. Seit 2012 ist jedoch die Anzahl derer gestiegen, die meinen, Deutschland pflege mit Polen ‚oft‘ einen partnerschaftlichen Umgang (von 29 auf 39 Prozent). Gleichzeitig ist die Anzahl derer gesunken, die einen solchen Umgang nur ‚selten‘ wahrnehmen (von 50 auf 41 Prozent). Um die Hälfte gesunken ist von 2012 bis 2015 außerdem die Anzahl derer, die überhaupt keinen Umgang Deutschlands mit Polen als gleichberechtigte Partner erkennen können (von 13 Prozent auf 6 Prozent). Insgesamt betrachtet ist die polnische Bevölkerung mehrheitlich jedoch weiterhin der Ansicht, Deutschland pflege Polen gegenüber ‚selten‘ beziehungsweise ‚nie‘ einen partnerschaftlichen Umgang (47 Prozent); gegenteiliger Auffassung ist die Minderheit der Befragten (43 Prozent), die einen solch partnerschaftlichen Umgang ‚immer‘ oder ‚oft‘ beobachten.

Abbildung 1: Trägt Deutschland zur besseren Zusammenarbeit oder zur Verschärfung der Spannungen in Europa bei? (in Prozent).<sup>33</sup>



32 Vgl. Aleksander Fuksiewicz/Agnieszka Łada: Baltic group. Poland, Lithuania, Latvia and Estonia in search for common interests, in: Institut für Öffentliche Angenegheiten, Warschau 2015, S. 37.

33 Quelle: Agnieszka Łada: Deutsch-polnisches Barometer 2015, Polnische Ansichten zur deutsch-polnischen Partnerschaft, Institut für Öffentliche Angenegheiten, Warschau 2015, S. 14.

Abbildung 2: Strebt Deutschland nach der Verwirklichung seiner eigenen Interessen auf Kosten anderer Staaten? Oder strebt Deutschland zwar nach der Verwirklichung der eigenen Interessen, respektiert dabei aber die Interessen anderer Staaten? (in Prozent).<sup>34</sup>

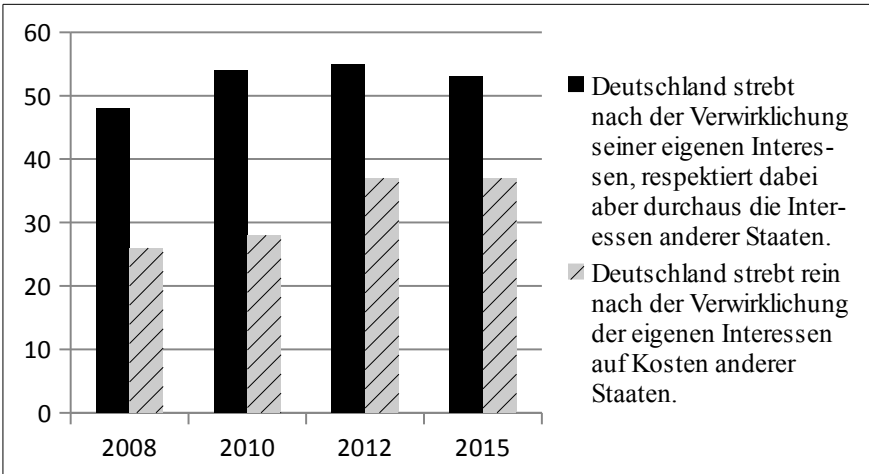
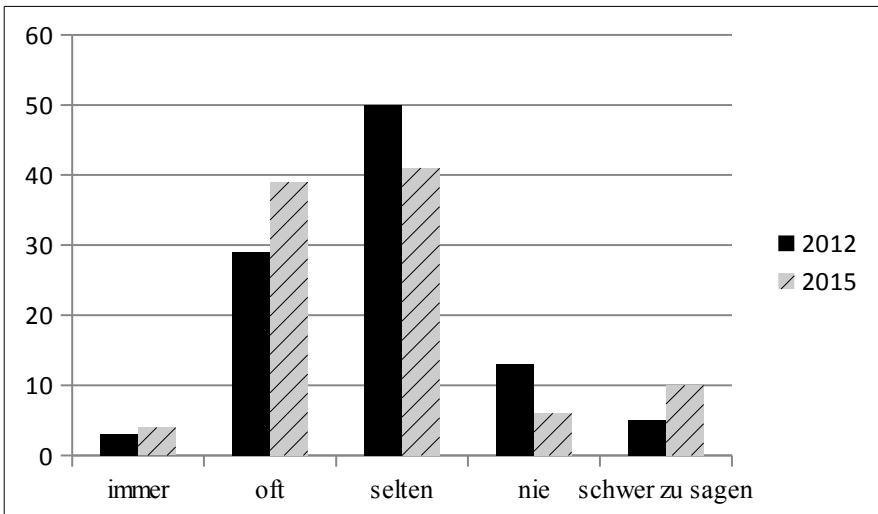


Abbildung 3: Polen und Deutschland sagen häufig, sie seien Partner in der Europäischen Union. Sieht Deutschland in Polen einen gleichberechtigten Partner innerhalb der EU? (in Prozent).<sup>35</sup>



34 Quelle: Agnieszka Łada: Deutsch-polnisches Barometer 2015, Polnische Ansichten zur deutsch-polnischen Partnerschaft, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2015, S. 17.

35 Quelle: Agnieszka Łada: Deutsch-polnisches Barometer 2015, Polnische Ansichten zur deutsch-polnischen Partnerschaft, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2015, S. 36.

Gründe für die zunehmend positive Bewertung des deutschen Auftretens gegenüber Polen – auch wenn diesbezüglich weiterhin große Meinungsunterschiede unter den Befragten herrschen – könnten die oben erwähnten Ereignisse sein, insbesondere die Vorgehensweise im Rahmen des Weimarer Dreiecks im Zuge der russisch-ukrainischen Krise. Hingegen wirkte sich der Ausschluss Polens in den weiteren Verhandlungen mit Russland negativ auf die öffentliche Meinung in Polen aus.

Es bestehen auch weiterhin Zweifel an einer gleichberechtigten Partnerschaft mit Blick auf Fragen zur Zukunft der Europäischen Union. Da Polen nicht Teil der Eurozone ist, bleibt es bei den wesentlichen Debatten eher ungehört und ist an bedeutenden Entscheidungsprozessen nicht unmittelbar beteiligt.<sup>36</sup> Die deutsche Unterstützung Tusks bei der Wahl zum Präsidenten des Europäischen Rates wurde in Polen wiederum als Anerkennung der Bedeutung Polens in Europa interpretiert beziehungsweise als Signal dafür, dass Polen ein wichtiger Partner für Deutschland ist. Von daher mag es überraschen, dass im selben Zeitraum einerseits eine positivere Bilanz der Beurteilung des deutschen Umgangs mit Polen zu verzeichnen ist, andererseits aber auch weniger Befragte die deutsch-polnischen Beziehungen als wichtig bewerteten.

### **Resümee und Ausblick**

Wie stellen sich die Entwicklungsszenarien für die deutsch-polnischen Beziehungen dar? Mit Sicherheit ist ein großes Potential der Zusammenarbeit vorhanden, es besteht auch eine große Übereinstimmung der Interessen und Ansichten sowie – und das scheint hier am Wichtigsten – ein Wille zur Zusammenarbeit sowohl auf bilateraler als auch europäischer Ebene.

Angesichts der oben für die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen als problematisch eingeschätzten Faktoren stellt die zukünftige Gestaltung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit im Hinblick auf die Ostpolitik die größte Unbekannte dar. Die unsichere Lage in der Region, die Notwendigkeit eines gemeinsamen Standpunktes aller Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, der Machtwechsel im Jahr 2015 in Warschau – all das erlaubt es noch nicht, klare Vorhersagen für die Zukunft zu formulieren. Es schadet allerdings nicht, Politiker, Diplomaten und Experten – unabhängig von der weiteren Entwicklung der Ereignisse – mit Nachdruck dazu anzuhalten, die deutsch-polnischen Konsultationen weiterzuführen und die Schaffung von Synergien anzustreben, die zum Ausbau eines einheitlichen Standpunktes gegenüber den Regionen im Osten Europas beitragen können.

Zur Etablierung einer gleichberechtigten Partnerschaft in Politik und Wirtschaft wird die weitere Entwicklung der Integration innerhalb der Europäischen Union von entscheidender Bedeutung sein. Während der Finanzkrise war Polen eine wichtige Stütze Deutschlands. Effektiv durchgeführte Reformen und ähnliche Vorstellungen in wirtschaftlichen Fragen stellten Polen entsprechend der Rezeption seitens der Deutschen in eine Reihe mit den sogenannten ‚Nordstaaten‘, auf die die deutsche Regierung bei der erfolgreichen Suche nach Auswegen aus den wirtschaftlichen Engpässen als Partner zählen konnte.

---

36 Vgl. Agnieszka Łada: Floskeln oder Fakten? Polen und Deutschland auf dem Weg zu Polens Euroeinführung, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2013, S. 9.

Die zukünftige Gestaltung einer solchen Zusammenarbeit hängt im Weiteren vom Beitritt Polens zum Euroraum ab. Gegenwärtig ist schwer vorherzusehen, ob ein solcher in fünf, sieben oder noch mehr Jahren vollzogen wird; außerdem stellt sich die Frage, inwieweit die neue polnische Regierung den Beitritt in der nahen Zukunft überhaupt noch anstreben will. Doch erst dann, wenn Polen seinen Platz im Kreise der Euro-Staaten eingenommen haben wird, wird es sich in vollem Umfang in den Reformprozess der Europäischen Union einbringen können, der zurzeit vor allem von dieser Staatengruppe voran gebracht wird. Andernfalls würde die Rolle Polens innerhalb der Strukturen der Europäischen Union marginalisiert, während die Bedeutung Deutschlands weiter zunimmt und sich die Spaltung in ein ‚Europa der zwei Geschwindigkeiten‘ vertieft.